

Leiharbeit bleibt abgehängt

Rund eine Million Leiharbeiter/innen gibt es inzwischen in Deutschland. Sie verdienen deutlich weniger als Stammbeschäftigte. *Equal Pay*, also das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, wird hier mit Füßen getreten. Deshalb war man sich auch in der CDU einig, dass eine gesetzliche Regelung her muss. Auf dem CDU-Parteitag Ende letzten Jahres wurde dies ausdrücklich beschlossen.

Nun will Arbeitsministerin von der Leyen auf ein Gesetz zum *Equal Pay* erst einmal verzichten. Begründung: IG Metall, Gesamtmetall und Leiharbeitsunternehmen haben sich auf Branchenzuschläge geeinigt. Je nach Verleihdauer steigen sie von 15 Prozent nach sechs Wochen auf 50 Prozent nach neun Monaten.

Klar, Zuschläge führen zu höheren Löhnen. Das ist gut so! Doch vergleichbare Regelungen müssten für andere Branchen jeweils verhandelt werden. In vielen Branchen sind Stammbeschäftigte schlecht bezahlt. Leiharbeiter/innen würden dort nach dem Metall-Modell nach einem halben Jahr mehr verdienen als Stammbeschäftigte. Auch das wäre gut so. Nur: Mehr als die Hälfte der Leiharbeiter/innen ist unter drei Monaten eingesetzt. Damit kommen viele gar nicht in den Genuss hoher Zuschläge.

Branchenzuschläge bringen nur für einige Beschäftigte Verbesserungen. Viele gehen leer aus. Daher fordert ver.di mit dem DGB weiterhin eine gesetzliche Regelung für *Equal Pay*.



Immer mehr Beschäftigte in Leiharbeit

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik

